

Gemeinde Kleinmachnow						
Antrag		öffentlich				
Datum: 11.06.2021		Einreicher: Fraktion SPD/DIE LINKE/PRO			DS-Nr. 066/21	
Entgegennahme KSD:						
Verfahrensvermerk:						
<input type="checkbox"/> Genehmigung		<input type="checkbox"/> Anzeige		<input type="checkbox"/> Ankündigung		<input type="checkbox"/> Veröffentlichung
<input type="checkbox"/> Bekanntmachung						
<input type="checkbox"/> Auslage						
Beratungsfolge	Abstimmung			Sitzung		
	JA	NEIN	ENTH	geplant	Endtermin	Bemerkung
Gemeindevertretung				22.06.2021		
Betreff: Urban Gardening						
Antragsvorschlag:						
Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausweisung von Flächen für <i>Urban Gardening</i> (Gemeinschaftsgärten) sowie der Implementierung des Projektes „Essbare Stadt“ auf Grünflächen der Kommune zu überprüfen und die Gemeindevertretung über Möglichkeiten der Umsetzung zu unterrichten.						
Die Gemeindevertretung ist im IV. Quartal 2021 über das Prüfergebnis zu informieren.						
Ausgeschlossen nach § 22 BbgKVerf:				Gemeindevertreter		
Beratungsergebnis:		Gremium:		Sitzung am:		
einstimmig	Stimmenmehrheit	JA	NEIN	ENTHALTUNG	lt. Beschluss	abw. Beschluss
Leiter/in der Sitzung:						
<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> <div style="text-align: center;"> <p>Bürgermeister (Endunterschrift)</p> </div> <div style="text-align: right;"> <p>gez. B. Bültermann Fraktionsvorsitzender</p> </div> </div>						

Problembeschreibung/Begründung:

Urban Gardening-Flächen sind Gemeinschaftsgärten und grüne Oasen in der Stadt, auf denen unter anderem auch Obst und Gemüse angebaut werden können (siehe <https://www.gartenbau.org/magazin/urban-gardening-201816443>).

„Der Schwerpunkt liegt auf sinnstiftender Tätigkeit, umweltschonender Produktion und bewusstem Konsum der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die steigende Popularität für *Urban Gardening* hängt mit dem Wunsch nach Selbstversorgung, dem Vegetarismus und Veganismus sowie der erhöhten Sensibilität für Umweltbelange zusammen.“ Flächen für *Urban Gardening* können sich somit zu generationsübergreifenden, interkulturellen und sozialen Treffpunkten entwickeln.

Der Trend zur Ausweisung von städtischen Flächen für Gemeinschaftsgärten verstärkt sich inzwischen im ganzen Bundesgebiet. Zahlreiche Kommunen und Städte unterschiedlicher Größe haben bereits gute Erfahrungen mit *Urban Gardening*, oft in Kombination mit dem Projekt „Essbare Stadt“, gemacht.

Einige Beispiele hierfür sind Minden, Hamburg oder Köln (siehe <https://www.bee-careful.com/de/initiative/urban-gardening-deutschland/>).

Gemeinschaftsgärten bieten nicht nur neue Möglichkeiten für die Interaktion der Kleinmachnower*innen, sondern bergen Potential für weiteren Mehrwert für unser Gemeinwesen, von naturnaher Bildung (z. B. grünes Klassenzimmer) bis hin zum Tourismus.

Link: <https://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/bezirksverband/ak-rote-beete-west/news/muss-eine-stadt-essbar-sein-eine-frage-von-marcus-otto/>